

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 16/13800, 17/591 Nr. 1.18 –**

Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung

A. Problem

Die Bundesregierung berichtet über Aktivitäten zur Förderung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. In dem vorliegenden Bericht wird festgestellt, dass für den Berichtszeitraum die Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung sowohl national als auch international Fortschritte gemacht hat. Bildung für nachhaltige Entwicklung hat als Zielsetzung Eingang in die Beschlüsse nahezu aller national und international relevanter Organisationen gefunden und wird zunehmend fester Bestandteil der Bildungspraxis. Aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland liegen wesentliche Zuständigkeiten im Bildungsbereich bei den Ländern, die während des Berichtszeitraums erheblich zur Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland beigetragen haben.

B. Lösung

In Kenntnis der Unterrichtung der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung wird die Annahme einer Entschließung der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen. Sie zielt insbesondere darauf ab, die Bundesregierung berichten zu lassen, ob und in welcher Weise sie die Länder bei der Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in deren ersten Hälfte unterstützt hat und welchen eigenen Beitrag sie für die zweite Hälfte der UN-Dekade vorsieht. Darüber hinaus wird an die Länder appelliert, Bildung für nachhaltige Entwicklung ganzheitlich und dauerhaft in den Unterricht der Schulen sowie in die berufliche Aus- und Weiterbildung zu integrieren. Die Länder sollen zudem aufgefordert werden, bei der Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ die Themenbereiche des demografischen Wandels und der Generationengerechtigkeit stärker zu betonen.

Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Ablehnung des Entschließungsantrages.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 16/13800 folgende EntschlieÙung anzunehmen:

„I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auf Grundlage des einstimmigen Beschlusses vom 1. Juli 2004 (Drucksache 15/3472) hat die Bundesregierung die deutsche UN-Kommission mit der organisatorischen Ausgestaltung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beauftragt und finanziell ausgestattet. Die Ziele wurden im Nationalen Aktionsplan (NAP) für Deutschland – UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005 bis 2014 zusammengefasst.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat sich im März 2008 und im März 2009 mit der Umsetzung der Ziele beschäftigt und festgestellt, dass weiterhin noch Ausbaupotential vorhanden ist. Um das Leitbild nachhaltiger Entwicklung tiefer im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern, ist es wichtig, die UN-Dekade zu nutzen, den Themenbereich Nachhaltige Entwicklung über bestehende Modellprojekte hinaus dauerhaft in die Lehrpläne an Schulen, Hochschulen und in die berufliche Aus- und Weiterbildung zu integrieren. Zudem muss die Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bereich der Elementarpädagogik, der bisher unterrepräsentiert ist, dringend ausgebaut werden.

II. Der Deutsche Bundestag begrüÙt,

- dass beim BLK-Programm „Transfer 21“ zur Orientierung der schulischen Bildung am Konzept der Nachhaltigkeit in den beteiligten Ländern die Zielsetzung von 10 Prozent der Schulen erreicht werden konnte;
- dass in der ersten Hälfte der UN-Dekade bis zum Jahr 2009 mit über 800 Auszeichnungen kleinerer regionaler Projekte als „Dekade-Projekte“ der Bildung für nachhaltigen Entwicklung eine höhere Sichtbarkeit verliehen werden konnte;
- dass sich die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren für die Umsetzung der im Rahmen der UNESCO-Weltkonferenz (2009 in Bonn) verabschiedeten Leitlinien für die zweite Hälfte der UN-Dekade einsetzen will.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- zu berichten, ob und in welcher Höhe die Bundesregierung die einzelnen Länder jeweils bei der Umsetzung der UN-Dekade im Allgemeinen und bei der Umsetzung des BLK-Programms „Transfer 21“ im Besonderen finanziell unterstützt hat und ob weiterer Förderbedarf im Hinblick auf die Erreichung der Zielsetzung identifiziert wurde,
- zu berichten, welche weiteren eigenen Beiträge seitens der Bundesrepublik Deutschland von der Bundesregierung für die zweite Hälfte der UN-Dekade geplant sind,
- an die Länder zu appellieren, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung ganzheitlich – d. h. über die Umweltbildung hinaus – dauerhaft in den Unterricht an Schulen und Hochschulen sowie in die berufliche Aus- und Weiterbildung integriert und der Ausbau von Projekten zur Bildung für nachhaltige

Entwicklung im Bereich der Elementarpädagogik noch stärker als bislang unterstützt wird,

- die Länder anzuregen, bei der Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ die Themenbereiche demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit stärker zu betonen.“

Berlin, den 7. Juli 2010

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende und Berichterstatterin

Anette Hübinger
Berichterstatterin

Patrick Meinhardt
Berichterstatter

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, Ulla Burchardt, Patrick Meinhardt, Dr. Rosemarie Hein und Kai Gehring

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung auf **Drucksache 16/13800** gemäß § 80 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (Drucksache 17/591 Nr. 1.18) an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung misst in ihrer Unterrichtung den vielfältigen, zielgerichteten Aktivitäten für Bildung für eine nachhaltige Entwicklung und dem Leitprinzip Nachhaltigkeit in Übereinstimmung mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie große Bedeutung bei. Da aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland wesentliche Zuständigkeiten im Bildungsbereich bei den Ländern liegen, seien auch diese gefordert, zur Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland beizutragen. Insgesamt seien die Vorgaben, Maßnahmen und Initiativen sehr vielfältig und betreffen alle Bildungsbereiche.

Die Bundesregierung stellt zusammenfassend für den Berichtszeitraum fest, dass die Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung sowohl national als auch international Fortschritte mache. Bildung für nachhaltige Entwicklung habe als Zielsetzung Eingang in die Beschlüsse nahezu aller national und international relevanten Organisationen gefunden und werde zunehmend ein fester Bestandteil der Bildungspraxis. Fortschritte bei der Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung zeigten sich auf nationaler Ebene insbesondere bei der Betrachtung der einzelnen Bildungsbereiche.

Darüber hinaus habe die seit 2005 ausgerufenen UN-Dekade der Verbreitung von Bildung für nachhaltige Entwicklung eine größere Dynamik verliehen. Hervorzuheben sei insbesondere die Etablierung eines Nationalkomitees sowie eines runden Tisches, die dem Austausch von Akteurinnen und Akteuren aus 100 Organisationen unterschiedlicher Bereiche diene. Auch durch 800 sogenannte Dekade-Projekte habe Bildung für nachhaltige Entwicklung in der ersten Hälfte der UN-Dekade deutlich sichtbar gemacht werden können.

Für die zweite Hälfte der UN-Dekade sind aus Sicht der Bundesregierung u. a. folgende Punkte von besonderer Bedeutung:

- Eine nachhaltige Entwicklung erfordere kontinuierliches Lernen.
- Um Bildung für nachhaltige Entwicklung zu einem festen Bestandteil von Bildungsprozessen zu machen, sei es erforderlich, dass sie in Lehrplänen und bei der Ausbildung von Lehrkräften in allen Bildungsbereichen einen festen Platz einnehme.

- Die Bedeutung von Bildung für nachhaltige Entwicklung sei allgemein anerkannt. Gleichzeitig sei es zur weiteren Implementierung notwendig, mehr über ihre Wirkungsweise und den Transfer von Wissen sowohl bei den Lehrenden als auch bei den Lernenden zu erfahren.
- Bildung für nachhaltige Entwicklung sei eine globale Herausforderung. Vor diesem Hintergrund müsse noch mehr Wert auf den internationalen Austausch gelegt werden.
- Für die zweite Hälfte der UN-Dekade werde es wichtig sein, eine größere Sichtbarkeit von Bildung für nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

In dem Entschließungsantrag wird festgestellt, dass der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung sich in den Jahren 2008 und 2009 mit der Umsetzung der Ziele für Bildung für nachhaltige Entwicklung beschäftigt und festgestellt habe, dass weiterhin noch Ausbaupotential vorhanden sei. Um das Leitbild nachhaltiger Entwicklung tiefer im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern, sei es wichtig, die UN-Dekade zu nutzen, den Themenbereich der nachhaltigen Entwicklung über bestehende Modellprojekte hinaus dauerhaft in die Lehrpläne an Schulen, Hochschulen und in die beruflichen Aus- und Weiterbildung zu integrieren.

Die Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder in der ersten Hälfte der UN-Dekade werden begrüßt. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert,

- zu berichten, ob und in welcher Höhe die Bundesregierung die einzelnen Länder jeweils bei der Umsetzung der UN-Dekade im Allgemeinen und bei der Umsetzung des BLK-Programms „Transfer 21“ im Besonderen finanziell unterstützt hat und ob weiterer Förderbedarf im Hinblick auf die Erreichung der Zielsetzung identifiziert wurde,
- zu berichten, welche weiteren eigenen Beiträge seitens der Bundesrepublik Deutschland von der Bundesregierung für die zweite Hälfte der UN-Dekade geplant sind,
- an die Länder zu appellieren, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung ganzheitlich – d. h. über die Umweltbildung hinaus – dauerhaft in den Unterricht an Schulen und Hochschulen sowie in die berufliche Aus- und Weiterbildung integriert und der Ausbau von Projekten zur Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bereich der Elementarpädagogik noch stärker als bislang unterstützt wird,
- die Länder anzuregen, bei der Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ die Themenbereiche des demografischen Wandels und der Generationengerechtigkeit stärker zu betonen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die Ausschüsse für Gesundheit und für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit haben die Unterrichtung auf Drucksache 16/13800 auf ihrer 8. bzw. 9. Sitzung am

24. März 2010 zur Kenntnis genommen. Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Unterrichtung auf Drucksache 16/13800 auf seiner 9. und 10. Sitzung am 24. März bzw. am 26. April 2010 zur Kenntnis genommen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 10. Sitzung am 21. April 2010 mit Aussprache und in seiner 18. Sitzung am 7. Juli 2010 ohne Aussprache beraten und empfiehlt:

Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung und Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Im Rahmen der Beratung der Unterrichtung in der 10. Sitzung am 21. April 2010 wurde ein Gespräch mit dem Präsidenten der Deutschen UNESCO-Kommission, Walter Hirche, über die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014) geführt. Walter Hirche führte aus, dass es Ziel der UN-Dekade sei, darauf hinzuwirken, dass alle Menschen die Möglichkeit hätten, sich diejenigen Werte, Kompetenzen, Fertigkeiten und Kenntnisse anzueignen, die für die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung erforderlich seien. Zudem stellte er die Ergebnisse der UNESCO-Weltkonferenz „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vom 31. März bis 2. April 2009 in Bonn dar, bei der die sog. Bonner Erklärung im Konsens verabschiedet worden war. Der Vorsitzende des Nationalkomitees der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, Prof. Dr. Gerhard de Haan, stellte darüber hinaus Beispiele der ca. 1 000 in Deutschland ausgezeichneten Projekte vor.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt eine nicht ausreichende Verankerung des Themas „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in den Lehrplänen fest. Ein Lehrbuch zu dem Thema könnte sehr hilfreich sein. Hierzu bedürfe es der Benennung von Beispielen, wie das Thema im Lehrplan verankert werden könne. Darüber hinaus sei es wissenswert, ob es einen systematischen Ansatz gebe, um im Rahmen einer Evaluation eine erfolgreiche Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Gesellschaft zu messen.

Die Fraktion bat weiterhin darum, den Sachstand zum Thema „Internationalisierung“ darzulegen. Aus ihrer Sicht gehe es darum, internationale Forschungsnetzwerke in diesem Bereich aufzubauen, interdisziplinäre Lehrstühle zu kreieren sowie Kapazitäten in Entwicklungs- und Schwellenländern aufzubauen.

Es sei davon auszugehen, dass die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland in besonderem Maße zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem beitragen. Hier würden Unternehmen über Generationen weitergetragen und es gebe ein besonderes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das Wirtschaftssystem sei beispielsweise bei öffentlichen Ausschreibungen zu sehr auf niedrige Preise ausgerichtet. Der Preis sei jedoch nur ein Element eines Produktes, das nicht unbedingt für dessen Nachhaltigkeit spreche. Dies sei bei anderen Gesichtspunkten, wie z. B. beim fairen Handel, eher der Fall.

Die **Fraktion der SPD** nimmt Bezug auf die Ausführungen der CDU/CSU-Fraktion und stellt fest, dass Weichenstellungen der Politik notwendig seien, um die Wirtschaft stärker am Thema „Nachhaltigkeit“ auszurichten. Dies sei eine dauerhafte Aufgabe der Politik.

In Deutschland habe sich in den vergangenen Jahren ein Netz von Kooperationen ausgebreitet, das der Bildung für nachhaltige Entwicklung gewidmet sei. Dieser Prozess werde von den Medien und von der Öffentlichkeit vielfach nicht wahrgenommen. Hier handele es sich um eine außergewöhnlich gute Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen. Vielfach würden Impulse für die Entwicklung einer neuen Qualitätskompetenz und für innovative Prozesse gesetzt. Ohne das Engagement vieler Menschen wäre dies nicht möglich.

In dem Bericht der Bundesregierung werde festgestellt, dass das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ noch nicht in vollem Umfang angekommen sei. Vor diesem Hintergrund wolle die SPD-Fraktion von der Bundesregierung wissen, inwieweit sie bei Förderprogrammen und Vorhaben zur Förderung der frühkindlichen Bildung und der Grundschulbildung bei ihren neuen Ansätzen, Methoden und Instrumenten die Integration von nachhaltiger Bildung mit im Blick habe.

Im Anschluss an die Föderalismusreform I seien Modellprojekte für die Förderung von Transfer in den Programmen der Bund-Länder-Kommission (BLK) formal nicht mehr möglich gewesen. Dennoch habe man es im „Windschatten“ dieser Neuregelung geschafft, das Programm „BLK 21“ für eine gewisse Zeit fortzusetzen. Neben Modellprojekten und Transfermethoden seien dort auch Lehrerfortbildungen gefördert worden. Das Nachfolgeprogramm „Transfer 21“ sei im Jahr 2008 ausgelaufen. Die Fraktion wolle von der Bundesregierung wissen, was sie strukturell und methodisch zu tun gedanke, um diesem offenkundigen Defizit entgegenzuwirken.

Schließlich fragt die Fraktion die Bundesregierung, ob diese bereit sei, einen deutlicheren Schwerpunkt in der Bildungsforschung zu setzen. Sie bittet um eine Einschätzung, inwieweit Möglichkeiten gesehen würden, den Zusammenhang von Bildungsqualität und Bildung für nachhaltige Entwicklung noch intensiver zu erforschen und das Thema „Transfer“ mit einzubeziehen.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung insbesondere durch die sog. Transfer-21-Schulen zu einem Erfolgsprojekt geworden sei. In Niedersachsen gebe es die „Nachhaltigen Schülergenossenschaften“, die durch den Dachverband des niedersächsischen Genossenschaftsverbundes betreut würden. Mittlerweile seien in Niedersachsen 17 Prozent der Schulen in solchen Projekten tätig. Dies betreffe insbesondere Grund-, Förder-, Haupt- und Realschulen. Schülerinnen und Schüler, die ohnehin benachteiligt seien, erhielten durch derartige Projekte einen stärkeren lebensweltlichen Bezug. Sie lernten Wirkungsketten kennen, aber auch den Umgang mit Hierarchien in Firmen. Ebenso werde Teamarbeit geübt. Die Projekte trügen insgesamt zu einem gesteigerten Selbstwertgefühl bei. Auch in Baden-Württemberg würden Kinder – beispielsweise in Kindertagesstätten und Schulen – stark mit einbezogen. Die Fraktion halte es für wichtig, dass die Projekte auf Länderebene noch stärker koordiniert würden. Seit Juni 2009 gebe

es in Niedersachsen eine aus Stiftungsgeldern finanzierte Agentur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die auch wichtige Impulse für die anderen Bundesländer setze. So sei ein Konzept für ein Multiplikatorenprogramm auf den Weg gebracht worden, das mittlerweile zehn Bundesländer aufgegriffen hätten.

Die Fraktion bittet die Bundesregierung, Walter Hirche (UNESCO-Kommission) und Prof. Dr. Gerhard de Haan (Nationalkomitee) um Auskunft, ob man der Forderung der Kommunen nach einem Sitz im Nationalkomitee und nach einem Platz am runden Tisch nachkommen werde. Sie halte es für besonders wichtig, die Thematik in den Kommunen stärker zu verankern. In Bezug auf neue Lernorte sei es wichtig, von den Vertretern der UNESCO zu wissen, welche Initiativen man ergreifen wolle, um neue Lernorte zu etablieren. Darüber hinaus solle die Bundesregierung erklären, was sie in Bezug auf die Etablierung neuer Lernorte zu tun gedenke. Schließlich sei interessant, wie der internationale Austausch intensiviert werden könne.

Die **Fraktion DIE LINKE** stimmt den Ausführungen von Walter Hirche (UNESCO-Kommission) zu, dass es nicht um ein zusätzliches Schulfach gehe, sondern dass man einen bildungsübergreifenden Ansatz verfolgen sollte. Bildung für nachhaltige Entwicklung berühre soziale, demokratische, wirtschaftliche und ökologische Aspekte. Diese seien miteinander verwoben und wirkten in ihrer Gesamtheit nachhaltig. Allerdings werde der Bericht der Bundesregierung der Komplexität des Themas insofern nicht gerecht, als die Berichterstattung der verschiedenen Ressorts nebeneinander stehe. Hinter dem breiten Ansatz gebe es offenbar noch kein Gesamtkonzept für nachhaltige Bildung. Der Grund hierfür sei möglicherweise, dass es keine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Bildung gebe. Durch das seit der Föderalismusreform II bestehende Kooperationsverbot werde man gehindert, bestimmte Dinge zu tun, die notwendig seien.

Der Forderung, die Möglichkeit einzuräumen, wenigstens den Hauptschulabschluss nachzuholen, sei zuzustimmen. Allerdings sei mit Blick auf die kürzlich veröffentlichte DIHK-Studie, wonach ein Großteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger als nicht ausbildungsfähig eingeschätzt werde, fragwürdig. Es sei notwendig, den Hauptschulabschluss so zu gestalten, dass er eine Ausbildungsfähigkeit garantiere.

Die Fraktion halte auch die Forderung für richtig, dass die Bereitschaft, sich naturwissenschaftlichen Themen stärker zu öffnen, gefördert werden müsse. Ihrer Ansicht nach könne man durch Lernortverlagerungen eine stärkere Anbindung an die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen erreichen. In fast allen Bundesländern gebe es mittlerweile Projekte hierzu. Allerdings würden derartige Projekte bislang nur Schülerinnen und Schülern angeboten, bei denen die Gefahr bestehe, dass sie den Schulabschluss nicht schafften. Es gehe aber darum, durch neue Zugänge zu Lernstoffen insgesamt erfolgreichere Abschlüsse zu erreichen.

In Ganztagschulen sei die erstrebte Rhythmisierung des Unterrichts nur in eingeschränktem Umfang zu erreichen, weil in der Regel der Unterricht vormittags und die Betreuung nachmittags vorgesehen seien. Hier bestehe auf Landesebene Handlungsbedarf.

In dem Bericht werde dargelegt, dass die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen eine Schule für alle als erstrebenswertes Ziel ansehe. Die Fraktion begrüße diesen Ansatz und hoffe, dass er von der Bundesregierung in der praktischen Politik aufgegriffen werde. Die Fraktion DIE LINKE regt an, für die zweite Hälfte der UN-Dekade ein Gesamtkonzept anzustreben, das über die UN-Dekade hinaus Wirkung entfalten könne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßt, dass es bei dem Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vielfältige Ansätze vor Ort gebe und dass die Vernetzung inzwischen stark vorangeschritten sei. Ihrer Ansicht nach sollte das Thema „Nachhaltigkeit“ im Rahmen des Bildungssystems insgesamt stärker berücksichtigt werden. Derzeit könne das Bildungssystem noch nicht als nachhaltig bezeichnet werden, da es sozial selektiv sei und der individuellen Förderung sowie der Durchlässigkeit und Aufwärtsmobilität zu wenig Raum biete. Auch Bildungsreformen sollten in den einzelnen Bereichen unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit konzipiert werden.

Im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung habe man gefordert, im Nachhaltigkeitsbericht das Bildungsthema stärker zu akzentuieren. Dies betreffe insbesondere die Problematik der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrecher. Alle Bildungspolitikern sollten sich auf das gemeinsame Ziel verständigen, die Abbrecherzahlen deutlich zu reduzieren und das Nachholen von Schulabschlüssen zu fördern. Nach der Föderalismusreform sei es allerdings schwieriger geworden, dies umzusetzen. Das Ganztagschulprogramm sei Ende 2009 ausgelaufen, während in dem Bericht der Bundesregierung deutlich gemacht werde, dass Nachhaltigkeitskonzepte in Ganztagschulen besonders zum Tragen kämen. Hinzu komme, dass das BLK-Programm „Transfer 21“ bereits im Jahr 2008 ausgelaufen sei. Vor diesem Hintergrund interessiere es die Fraktion, ob und inwieweit die Bundesregierung die betreffenden Programme weiterführe und mit welchen Mitteln dies ggf. geschehe.

Im Hochschulsystem sei die Frage eines nachhaltigen Studiums mit der Qualität der Lehre, mit der Ausbauoffensive für die Hochschulen und mit der Studierbarkeit in den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen eng verknüpft. Vor diesem Hintergrund begrüße die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die gemeinsame Erklärung der Hochschulrektorenkonferenz und der Deutschen UNESCO-Kommission zur Hochschulbildung für nachhaltige Entwicklung. Hochschulen und das Wissenschaftssystem insgesamt seien wichtige Impulsgeber für eine nachhaltige Entwicklung. Es gehe darum, welche gesellschaftliche Verantwortung Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hätten. Auch die soziale Dimension hänge mit einer nachhaltigen Entwicklung zusammen, wie dies bei den Themen „Studienfinanzierung“ und „soziale Infrastruktur“ der Fall sei. Schließlich komme auch die globale Dimension zum Tragen. Beispiele hierfür seien Kooperationen mit Universitäten in Schwellen- und Entwicklungsländern sowie die Frage des freien Zugangs zu Wissen. Schließlich komme es auch auf eine nachhaltige Gestaltung der Organisation Hochschule vor Ort an. Die Bundesregierung solle erklären, inwieweit sie Initiativen plane, die der Umsetzung des Leitbilds für nachhaltige Hochschulen dienten und inwieweit sie hier mit den Bundesländern den Dialog aufnehmen wolle.

Die Reichweite der Ansätze sollte erhöht werden. Die Deutsche UNESCO-Kommission solle erläutern, wie eine größere Sichtbarkeit der Thematik und ein stärkerer Transfer guter Praxis „in die Breite“ erreicht werden solle. Ferner sei es wichtig zu wissen, wie die Zielgruppen der Berufsschüler sowie der Haupt- und der Realschüler in der Bildungswirksamkeit besser erreicht werden könnten.

Die **Bundesregierung** (Bundesministerium für Bildung und Forschung – BMBF) stimmte der Analyse von Walter Hirche (UNESCO-Kommission) zu, dass es sich bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung um ein Erfolgsmodell handele. Das BMBF fördere diesen Bereich mit 450 000 Euro pro Jahr. Zur Frage einer internationalen Vernetzung dieses Prozesses sei auf die UNESCO-Weltkonferenz zu verweisen, die im vergangenen Jahr in Bonn stattgefunden habe. Diese Veranstaltung habe gezeigt, dass Deutschland im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung international ein Vorbild sei. Die Auszeichnung des tausendsten Projektes habe gezeigt, dass es sich nicht um ein „Nischenthema“ handele. Innerhalb der Gesellschaft sei bei Fragen der Nachhaltigkeit ein Bildungserfolg zu verzeichnen, der im Verbraucherverhalten, im wirtschaftlichen Verhalten der Menschen sowie im Nachfrageverhalten in Bezug auf Energie und Klimaschutz erkennbar sei.

Das BMBF werde in Kürze ein neues Forschungsprogramm zur nachhaltigen Entwicklung auflegen. Vor diesem Hintergrund sei man der Auffassung, dass der Prozess in der Breite angekommen sei. Gleichwohl sei es auch in Zukunft notwendig, das Thema voranzubringen. Bereits im Bundeshaushalt 2010 seien die Mittel für die Bildungsforschung erheblich aufgestockt worden. Es sei eine Machbarkeitsstudie an drei Wissenschaftler vergeben worden, die darauf abziele, Themen und Methoden zu identifizieren, damit das BMBF in die Lage versetzt werde, eine Ausschreibung für eine wissenschaftliche Begleitung des Themas „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vorzubereiten.

Das BMBF unterstütze die Änderungsvorschläge im Bereich der Schule. Der Bund habe hier allerdings nach der Föderalismusreform nur einen eingeschränkten Handlungsspielraum. Auch die Schulung von Lehrern als Multiplikatoren

im Bildungsbereich sei eine Aufgabe der Bundesländer. Die Bundesregierung werde dieses Thema in der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) ansprechen. Er sehe das BMBF in der Art und Weise, wie das Thema aufgearbeitet werde und wie Angebote an die Bundesländer und andere Akteure gemacht würden, insgesamt auf einem guten Weg. Die Bundesregierung halte es grundsätzlich für richtig, den Kommunen einen Sitz im Nationalkomitee sowie am runden Tisch einzuräumen. Dies liege letztlich aber in der eigenverantwortlichen Entscheidung des Nationalkomitees.

Im Bezug auf das Thema „Internationale Kooperation“ sei ergänzend darauf hingewiesen, dass die EU im Rahmen einer neuen Strategie den internationalen Austausch intensivieren wolle. Für die Mobilität innerhalb Europas gebe es eine Vielzahl von Initiativen, die unter dem Dach „Youth on the Move“ zusammengeführt werden sollen. Derzeit werde die Frage diskutiert, ob das lebenslange Lernen stärker integriert werden solle. Die spanische EU-Ratspräsidentschaft habe den Wunsch geäußert, die sozialen Aspekte von Bildung und Mobilität stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

Zum Thema „Inklusion“ wies das BMBF darauf hin, dass sich die Bundesrepublik Deutschland die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu eigen gemacht habe. Die Bundesregierung gehe davon aus, dass es zu diesem Thema einen grundsätzlichen Konsens gebe. Die Verantwortung für die Schulen liege aber bei den Bundesländern.

Ziel der Bundesregierung sei es, die Förderung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in der zweiten Hälfte in gleicher Weise fortzusetzen wie bisher. Nach Möglichkeit wolle man in der zweiten Hälfte eine Steigerung der Zahl der Projekte erreichen. In ausgewählten Regionen wolle man fünf bis zehn Dekade-Projekte miteinander vernetzen und neue Partner wie z. B. Bildungsinstitutionen und Unternehmen gewinnen. Nach Möglichkeit wolle man die Qualität der Projekte verbessern. Derzeit werde der Prozess analysiert, indem Erfolge und Misserfolge dokumentiert sowie Handlungsanleitungen erarbeitet würden, die dann als Best-Practice-Beispiele allen Akteuren zur Verfügung gestellt werden sollen.

Berlin, den 7. Juli 2010

Anette Hübinger
Berichterstatlerin

Ulla Burchardt
Berichterstatlerin

Patrick Meinhardt
Berichterstatler

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstatlerin

Kai Gehring
Berichterstatler